

Im Gespräch mit  
Rainer Eppelmann

## „Du sollst nicht vergessen“

Rainer Eppelmann, evangelischer Pfarrer, engagierte sich in der DDR-Opposition. In den Achtzigerjahren kümmerte er sich um unangepasste Jugendliche; aus der ganzen DDR strömten sie zu seinen legendären Bluesmessen in der Ostberliner Samaritergemeinde.

Er war Gründungsmitglied und später Vorsitzender des Demokratischen Aufbruchs (DA). 1990 war Eppelmann auch Mitglied des zentralen Runden Tisches. Vom 18. März bis zu deren Auflösung am 2. Oktober 1990 war er Mitglied der Volkskammer der DDR, Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett von Hans Modrow und dann Minister für Abrüstung und Verteidigung im Kabinett von Lothar de Maizière. Mit der Fusion des DA mit der CDU im August 1990 wurde er Mitglied der CDU.

Von der ersten gesamtdeutschen Wahl am 2. Dezember 1990 an war Eppelmann Mitglied des Deutschen Bundestages und blieb dies bis zur Bundestagswahl 2005, bei der er nicht mehr kandidierte. Im Bundestag war er Vorsitzender der beiden Enquête-Kommissionen zur Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur. Seit ihrer Gründung 1998 ist er ehrenamtlicher Vorsitzender des Vorstandes der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Von 1994 bis 1998 war Rainer Eppelmann Mitglied im Präsidium der CDU. Er ist zudem Mitglied des Beirats der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU).

**Die Politische Meinung:** *In ostdeutschen Verwaltungen sollen noch 17 000 ehemalige Stasi-Leute arbeiten. Nun ist die Empörung groß. Die Stasi-Debatte ist zwanzig Jahre nach dem Mauerfall wieder dort angekommen, wo sie damals ihren Anfang nahm, bei der Forderung nach großflächiger Überprüfung. Herr Eppelmann, wie soll man reagieren?*

**Rainer Eppelmann:** Das ist heute ungeheuer schwer zu beantworten, weil wir in einem Rechtsstaat leben und sich Dinge, die früher entschieden worden sind, nun nicht mehr ohne Weiteres zurückdrehen lassen. Wir können heute nicht mehr im Jahre 1990 anfangen. Ich kann diese Zahl von 17 000 weder bestreiten noch bestätigen. Ich kenne bisher keine seriöse Aufstellung, wie viele ehemalige Stasi-Mitarbeiter es tatsächlich sind. Ich muss davon ausgehen, dass in den einzelnen Ländern oder auch in den Ministerien unterschiedlich gehandelt worden ist. Ich weiß, dass die Bundeswehr sehr genau überprüft hat. Was die Lehrer in den neuen Bundesländern betrifft, weiß ich, dass in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich verfahren worden ist. Das gilt auch für die Polizei und die jeweiligen Landesinnenministerien. Da, wo der Bund zuständig war, wurde der Geist des Einigungsvertrages großzügig oder, wenn Sie so wollen, menschlich-pragmatisch ausgelegt. Beispielsweise wurden in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen De-

mokratischen Republik damals belastete Fachleute eingestellt, welche die anderen Mitarbeiter, die nur wenig Ahnung von Stasiakten hatten, in die Arbeit einführten. Aber in dieser Behörde wurden noch weitere ehemalige Stasi-Mitarbeiter untergebracht, und die Verantwortung dafür liegt beim BMI. Warum, so frage ich mich auch, hat man den Fachleuten damals nicht Zeitverträge gegeben? Damit wäre die Zeitspanne ihrer Mitarbeit auf das Notwendige begrenzt worden. Ich bin ein wenig traurig darüber, dass man an dieser Stelle „menschlich“ gewesen ist, also anders verfuhr, als möglicherweise die Betroffenen in der DDR mit solchen Situationen umgegangen wären, dass man aber nicht in der gleichen Großzügigkeit mit den Opfern umgegangen ist. Hier wurde ungeheuer genau und sparsam gerechnet nach dem Motto: Wir investieren nur in die Zukunft und nicht in die Vergangenheit. Es wurde so die Chance verpasst, vor aller Welt deutlich zu machen: Es lohnt sich, Zivilcourage zu haben.

*Die Politische Meinung: Zum Thema „Repressionen gegenüber Andersdenkenden in der DDR“: Sie selbst haben politische Verfolgung und Bespitzelung erlebt. Was wollen Sie vor allem den jüngeren Menschen in unserem Land über dieses düstere Kapitel der deutschen Geschichte mitteilen?*

**Rainer Eppelmann:** Mit jedem Tag wird die Zahl derer größer, die keine biografische Erfahrung mehr von deutscher Teilung und SED-Diktatur haben. Deshalb muss über das DDR-System erzählt werden. Das ist inzwischen eine der Hauptaufgaben unserer Stiftung geworden. Freya Klier hat einmal treffend gesagt, die Zehn Gebote müssten um ein elftes ergänzt werden, welches lautet: „Du sollst nicht vergessen.“ Das bedeutet nicht, „Du sollst nicht verzeihen“, sondern „Du sollst die Erfahrung deines Lebens nicht vergessen oder verdrängen. Wenn das pas-

siert, bist du möglicherweise offen für die gleichen Fehler, die deine Eltern und Großeltern gemacht haben.“ Mir ist immer wieder wichtig, in den Erfahrungen des Alltags der Menschen den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie deutlich zu machen. Bei uns in der DDR hat es drei Millionen in eine Richtung parteipolitisch gebundene Menschen gegeben. Stellen Sie sich vor, wir hätten heute in Deutschland vergleichbare Zahlen. Dann müssten heute schätzungsweise achtzehn bis neunzehn Millionen erwachsene Bundesbürger Mitglied bei der Partei „Die Linke“ sein. Was für eine fürchterliche Vorstellung! So viele vermitteln nach außen den Eindruck: „Wir sind alle einer Meinung.“ Was für eine Uniformität des Denkens und Verhaltens. Welche Form von Demütigung, die Bürger regelmäßig zu sogenannten Wahlen zu drängen, bei denen die Ergebnisse bereits vorher feststanden – das ist gar keine Wahl. In der DDR-Verfassung stand geschrieben, dass die SED immer regieren wird.

---

*„Welche Form von Demütigung, die Bürger regelmäßig zu sogenannten Wahlen zu drängen“*

---

Auch Mangel und Korruption waren gang und gäbe. Jeden Abend haben in der DDR schätzungsweise über neunzig Prozent der Menschen ARD und ZDF geschaut und festgestellt, dass die Westdeutschen, die weder klüger noch tapferer, noch einfallsreicher waren, ein Vielfaches mehr an Freiheit, Wohlstand und an eigener Verwirklichung hatten als die DDR-Bürger. Darauf hatten wir nur eine Antwort: Die haben mehr Chancen und Möglichkeiten und mehr Entfaltungsfreiraum. Dies muss immer wieder erzählt werden, damit deutlich wird, dass es sich um die Alltagserfahrung ungeheuer vieler Menschen, vielleicht sogar aller DDR-Bürger, handelt, die das nachher ver-

drängt haben, um nicht jeden Tag heulen zu müssen. Das darf nicht im Nachhinein schöngeredet werden.

**Die Politische Meinung:** *„Bleiben wir bei jenen jungen Menschen in Deutschland, die wenig oder gar keine eigenen Erfahrungen mit dem politischen System der DDR machen konnten. Wenn Sie jemand nach drei zentralen Charakterisierungen des anderen deutschen Staates fragt, was werden Sie antworten?“*

**Rainer Eppelmann:** Erstens: Die DDR war eine Diktatur – kein Rechts-, sondern ein Unrechtsstaat.

Zweitens: Die DDR war verlogen und hat ihren eigenen Anspruch nie erreicht. Die wenigsten Menschen wissen, dass die „wissenschaftliche“ Begründung für die sogenannte Diktatur des Volkes darin bestand, dass der Ausgebeutete, wenn er nicht mehr ausgebeutet wird, sondern nur für sich selbst arbeiten kann, sehr viel fleißiger und einfallsreicher, effizienter, erfolgreicher ist als der „im Kapitalismus Geknechtete und Ausgebeutete“. So das DDR-Dogma. Das heißt: Irgendwann hätte die Arbeitsproduktivität in der DDR sehr viel höher sein müssen als in der Bundesrepublik Deutschland. Wir wissen aber, wenn man das, was in der BRD geleistet wurde, ins Verhältnis zur DDR setzt, dann lag die Arbeitsproduktivität dort bei vierzig bis fünfzig Prozent, also nicht mal der Hälfte der Arbeitsproduktivität in der Bundesrepublik.

Drittens: Wir wurden auf allen Ebenen in der gesamten DDR von Kriminellen regiert. Sie haben Wahlen gefälscht und betrogen.

**Die Politische Meinung:** *„Zum Mauerfall 1989: Die SED setzte Honecker ab, bildete das Politbüro um, Krenz folgte auf Honecker, und im November wurde Hans Modrow neuer DDR-Regierungschef. Wie schätzten Sie damals, also Ende 1989, Sie waren Zeitzeuge und*

*Bürgerrechtler, die Entwicklung in der DDR ein? Wohin würde sich die DDR entwickeln?“*

**Rainer Eppelmann:** Ich gehörte zu jenen Menschen, die über Jahre hinweg betonten: Wir müssen uns engagieren, damit diese DDR bunter, offener, ehrlicher, erfolgreicher, effizienter und freier wird. Eine menschlichere DDR, das wollten wir. Wir dachten damals nicht ernsthaft an die Abschaffung der DDR, weil wir keine realpolitische Möglichkeit dafür sahen. Wir wussten beispielsweise keine Antwort auf die Frage: Aus welchem Grund sollten denn die bei uns stationierten sowjetischen Soldaten die DDR wieder verlassen? Wir hatten nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 begriffen: Gegen die können wir gar nichts machen. Des Weiteren war uns bewusst, dass die Regierenden in UdSSR und DDR von der Weltrevolution träumten und davon nie abgerückt sind.

---

**„Es ging uns um Reformierung,  
nicht um Revolution“**

---

Wir hätten uns gern Lebensverhältnisse wie in der alten Bundesrepublik vorgestellt, aber wir waren uns darin einig, dass wir das nicht um den Preis eines dritten Weltkrieges wollten. Es ging uns also um Reformierung und nicht um Revolution. Ich sah zu Beginn des Jahres 1989 noch nicht voraus, dass wenige Monate später rund zwei Millionen DDR-Bürger vor dem 9. November wenigstens einmal auf der Straße sein und öffentlich zeigen würden, sie sind nicht mehr einverstanden mit dem, was in der DDR passiert. Ich bin ungeheuer froh gewesen, dass auf Honecker nicht Modrow folgte, sondern Krenz. Wäre Modrow damals SED-Generalsekretär geworden, so kann ich mir vorstellen, dass dies einen Knick für die Demonstrationsbewegung gegeben hätte und so mancher auf der Straße „so ein Tag, so wunderschön wie heute“ gejubelt hätte.

Ich habe damals in einer Kirchenveranstaltung in Berlin-Treptow gesagt: „Diese überfüllte Kirche wäre jetzt möglicherweise leer, wenn nicht Krenz, sondern Modrow SED-Chef geworden wäre.“

**Die Politische Meinung:** Was ist Ihr Resümee zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer, nach fast zwanzig Jahren deutscher Einheit? Sind wir ein „einig Vaterland“ geworden, oder besteht die Grenze in den Köpfen der Menschen fort?

**Rainer Eppelmann:** Weder noch. Wir sind aber auf einem guten Weg, sodass wir stolz sein können. Viele unserer europäischen Nachbarn, nicht nur in Osteuropa, ich meine insbesondere die Süd-, West- und Nordeuropäer, sagen: „Es ist schon erstaunlich, was ihr in so kurzer Zeit alles zustande gebracht habt.“ Wenn es zum Beispiel darum geht festzustellen, dass wir sagen, wir stehen auf dem Boden des Grundgesetzes der BRD, wenn man es so fasst, dann wird man sagen können: Ja, wohl, wir sind ein „einig Vaterland“. Versuche ich in allem zu vergleichen, stelle ich fest: Wir sind noch nicht ein „einig Vaterland“. Wenn gleiche Lebensverhältnisse, gleich große Bankkonten der Maßstab sind, dann wird man sagen müssen: Nein, da gibt es noch erhebliche Unterschiede. Aber das ist nicht nur ein Ost-West-Problem, sondern auch ein Nord-Süd-Problem. Zu der von Ihnen angesprochenen „Grenze in den Köpfen“: Natürlich gibt es noch Unterschiede. Ein ehemaliger DDR-Bürger, heute fünfzig oder sechzig Jahre alt, hat eine erhebliche Anzahl von Jahren seines bisherigen Lebens in der DDR verbracht und hat zum Teil andere Lehren aus seinem Leben ziehen müssen als ein Mensch, der in der alten Bundesrepublik aufgewachsen ist. Es gibt verständlicherweise auch ein Gefühl des Fremdseins für die Bürger aus der ehemaligen DDR. Aber es gab zum Glück immer dann in der deutschen Geschichte, wenn besondere He-

erausforderungen bestanden, leuchtende Beispiele dafür, dass die Solidarität und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen erstaunlich groß sind.

**Die Politische Meinung:** Gegenwärtig rücken die „sozialen Errungenschaften“ der DDR in den Fokus politischer Diskussionen. Der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering (SPD), verwahrte sich unlängst dagegen, die DDR als totalen Unrechtsstaat zu verdammen. War die DDR das sozialere, das in wirtschaftlicher Hinsicht gerechtere Deutschland?

**Rainer Eppelmann:** Nein, das war die DDR natürlich nicht gewesen. Nehmen wir die meisten Rentner aus der ehemaligen DDR, nun Bundesbürger, sie sind auch materielle Gewinner der deutschen Einheit. Zu DDR-Zeiten gab es eine Menge alter Menschen, die am Existenzminimum lebten, ohne dagegen etwas ausrichten zu können. Sie haben keine falschen Entscheidungen getroffen oder hatten nicht etwa keine Lust zu arbeiten. Ich meine, die DDR ist das unverantwortlichere, das verlogenerere System gewesen, das auf einem falschen Weg war. Die Herrschenden in der DDR haben beispielsweise mit tiefer Überzeugung gesagt: „Wir können mehr leisten, weil wir die Ausbeutung abschaffen, und dafür werden wir für eine kurze Zeit auch diejenigen, die das nicht gleich begreifen, zu ihrem Glück zwingen. Letztere werden aber allemal unendlich froh und dankbar sein.“ Am Ende ihrer Macht haben sie feststellen müssen, dass die Menschen auf die Straße gegangen sind und sagten: „Wir finden das so zum Kotzen, wir wollen nicht mehr!“ Die Regierenden haben nicht begriffen, dass, wenn ein Mensch zu seinem Glück gezwungen werden soll, er dies niemals als Glück, sondern immer nur als Zwang erleben kann. Eine Diktatur kann gar kein Rechtsstaat sein. Natürlich gehe ich davon aus, dass über einen

Verkehrsunfall mit erheblichem Sach- oder Personenschaden, bei dem es zu einer Gerichtsverhandlung kam, nach dem geltenden Recht der DDR entschieden worden ist. Gleiches gilt für eine Ehescheidung. Aber auch in diesen genannten Fällen hat die Justiz in der Diktatur die Möglichkeit, gegen die geltenden Gesetze zu entscheiden. Dies geschah dann, wenn einer der Beteiligten im Prozess „einer der Ihren“ gewesen ist. Dann griff die SED auch in solchen Fällen ein.

---

**„Wir alle wurden eingesperrt und zu lebenslänglichem Knast verurteilt“**

---

Wir wissen heute, dass es Urteile gab, die bereits vorher feststanden. Ulbricht oder Honecker haben Gerichtsurteile nach eigenem Gusto beeinflusst. Wir hätten uns ja nach der Wende nicht mit Richtern befassen müssen, wenn diese nicht Urteile gefällt hätten, die auch den Gesetzen der DDR widersprachen. Auch für den Mauerbau vom 13. August 1961 gilt: Wir alle wurden eingesperrt und zu lebenslänglichem Knast verurteilt – ohne Gerichtsverhandlung, ja das kann ich nur als Unrechtsstaat bezeichnen, und zwar in seinen Wurzeln.

**Die Politische Meinung:** *Kommen wir zur Politik der westdeutschen Parteien vor 1989 gegenüber der DDR. Wie erlebten Sie die seit den Ost-Verträgen und den deutsch-deutschen Verträgen der Siebzigerjahre einsetzende Reisetätigkeit von West nach Ost? War das eine Unterstützung für die Regimegegner?*

**Rainer Eppelmann:** Einer der für mich wichtigsten Menschen in den letzten fünf bis sechs Jahren der DDR ist ein westdeutscher Journalist gewesen, nämlich Ulrich Schwarz vom *Spiegel*, wir sind heute noch befreundet. Ohne ein Vertragswerk zwischen Bundesrepublik und DDR wäre er nie in die DDR gekommen. Das bedeu-

tet, der Versuch, im Interesse der Bürger der Bundesrepublik Deutschland eine Entspannungspolitik zu gestalten, selbst auf die Gefahr hin, dass damit zunächst das DDR-System gestärkt würde, war richtig. Strategisch war es letztlich richtig gewesen: Die altbundesrepublikanischen Politiker sind zunächst für ihre Wähler da gewesen und hatten zu fragen: „Was ist gut für die Menschen in Westdeutschland?“ Aber zugleich haben sie immer, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, die Frage gestellt: „Was bedeutet das für unsere ‚Brüder und Schwestern‘ in der DDR?“ Da haben sie sich überaus klug, vernünftig und weitblickend verhalten. Und sie haben sich grundsätzlich dafür entschieden, dass die Freiheit immer vor der Einheit stehen muss. Um welchen Preis hätten sie die Einheit denn auch anstreben sollen? Unter Aufgabe der Freiheit? Natürlich nicht! Letztlich ist das bestätigt worden, was die Regierungen Adenauer, Kiesinger, Brandt, Kohl getan haben. Hinzu kommt: 1989/90 war die Fähigkeit der DDR-Bürger, sich selbst zu befreien, ungeheuer wichtig. Das hätte keine Division der Bundeswehr und auch kein amerikanischer Soldat machen können, allenfalls um den Preis des dritten Weltkrieges. Die Bürger mussten sich selbst befreien. Aber dass daraus dann ein vereintes Deutschland wurde, das ging nur, weil die von mir eben so gerühmte bundesdeutsche Politik dazu beigetragen hat, dass ein ungeheures Vertrauen in Europa geschaffen wurde, dass die Deutschen aus ihrer Geschichte gelernt haben und tatsächlich zu einer funktionierenden Demokratie fähig sind.

**Die Politische Meinung:** *Kommen wir zur Arbeit der Bundesstiftung, zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: Welche Schwerpunkte sollten in den kommenden zehn Jahren im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Aufarbeitung, aber auch in der politischen Bildung zum Thema DDR im Vordergrund stehen?*

**Rainer Eppelmann:** Was die wissenschaftliche Aufarbeitung betrifft: Ich bin froh darüber, dass eine ganze Reihe junger Wissenschaftler ihre Dissertationen oder Habilitationen zu Themen der jüngeren deutschen Zeitgeschichte verfassen. Ich würde mir wünschen, dass noch stärker als bisher die tatsächlich Verantwortlichen in den Fokus der Betrachtung und der Forschung kommen. Das ist nicht die Staatssicherheit, sondern die SED. Es ist leider Leuten wie Hans Modrow und Gregor Gysi ein Stück weit gelungen, der Stasi den „Schwarzen Peter“ zuzuschieben. Das Thema Stasi weckt Emotionen und Aufmerksamkeit, aber eigentlich verantwortlich war die SED. Mielke hätte sich immer zuerst als Mitglied des SED-Politbüros verstanden und danach als Minister für Staatssicherheit. Wir wissen heute in der breiten Öffentlichkeit mehr über die Tätigkeit der Stasi und sind darüber erregt. Aber es muss auch die Frage gestellt werden: Welche Verantwortung lag bei der SED? Wie waren die Entscheidungsstrukturen? Wie kann heute Hans Modrow ernsthaft erklären: Ich habe vom Wahlbetrug in der DDR nichts gewusst? Einer, der durch persönliche Kurierere vom Politbüro informiert wurde, weil er selbst nicht zum Politbüro gehörte (worunter er

offenbar gelitten hat), hat alles mitbekommen. Das ist – vorsichtig ausgedrückt – mindestens unvorstellbar. Wir kennen aber in der breiten Öffentlichkeit nicht mal die Namen derer, die im Apparat des ZK Entscheidungen der Ministerien verbindlich vorbereitet haben. Sie haben aber den Alltag der DDR-Bürger massiv geprägt. An dieser Stelle wünsche ich mir eine neue wissenschaftliche Aufmerksamkeit.

Das wichtigste Thema der politischen Bildung muss das Erinnern an die Diktatur sein. Das ist auch eine große Herausforderung an die Eltern und Großeltern der heute Sechzehn- bis Achtzehnjährigen. Die Älteren müssen von ihren Erfahrungen, Bedrückungen und Demütigungen erzählen, denn die Schicksalsfrage von uns Deutschen war nach meiner Überzeugung in den letzten achtzig Jahren die zwischen Diktatur und Demokratie. Wir sollten dafür Sorge tragen, dass unsere Kinder und Enkelkinder Demokratie für so wichtig halten, dass sie bereit sind, sich zu engagieren, wenn nötig auch durch persönlichen Einsatz und Zivilcourage.

*Das Gespräch führte Jürgen Reuter für „Die Politische Meinung“.*

### **DDR – Mythos und Wirklichkeit: KAS-Internetportal**

Mit einer Wissensplattform reagiert die Konrad-Adenauer-Stiftung auf die zunehmende Verklärung eines Systems. *DDR – Mythos und Wirklichkeit* heißt das Internetportal und klärt auf über Alltag, Kultur, Wissenschaft und Ideologie in der DDR. Didaktisch aufbereitete Materialien für den Unterricht, Interviews mit Zeitzeugen und Veranstaltungshinweise sowie ein Kalendarium führen über die Jahrestage der DDR durch die Geschichte des Unrechtssystems – vom Scheitern der gemeinsamen Besatzungspolitik während der Potsdamer Konferenz im Mai 1945 bis zum Rücktritt des Politbüros und des ZK der SED im Dezember 1989.

Siehe [www.kas.de/wf/de/71.6466/](http://www.kas.de/wf/de/71.6466/)